Die „ÜBAG“ zur Anbahnung der Praxisweitergabe

1

Referent: Rechtsanwalt Jan Frederichs
(Justitiar des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und
Psychologen / Mitgliederberatung)

Gliederung: Warum eine ÜBAG zur Anbahnung einer Praxisweitergabe ?
 Was ist eine „überörtliche Berufsausübungsgemeinschaft ?
 Die „Mini-ÜBAG“ als empfehlenswerte Variante
 Voraussetzungen der ÜBAG
 Austritt und Auflösung
 Nachteile der ÜBAG
 Die Regelung zur Weitergabe des Praxissitzes
 Steuerliche Hinweise

 Neuerungen bei der Bewerberauswahl / Praxisverkauf
 Neu: Anstellungsumwandlung
 Neu ab 2013 Entschädigung statt Verkauf

Die „ÜBAG“ zur Anbahnung der Praxisweitergabe

2

Warum eine ÜBAG zur Anbahnung einer Praxisweitergabe ?

- § 103 Abs.6: "Endet die Zulassung eines Vertragsarztes, der die Praxis bisher mit einem oder mehreren Vertragsärzten gemeinschaftlich ausgeübt hat, so gelten die Absätze 4 und 5 entsprechend. Die Interessen der in der Praxis verbleibenden Vertragsärzte sind bei der Bewerberauswahl angemessen zu berücksichtigen."
- Bei der ÜBAG können die Gesellschafter ihre Praxisadresse fortführen.
- Wird eine ÜBAG aufgelöst, können die Gesellschafter ihre Zulassung behalten und unter der bisherigen Adresse eine Einzelpraxis fortführen und zwar auch jene Gesellschafter, die erst über Praxisweitergabe in die ÜBAG nachgerückt sind.
- Der Gründungsaufwand muss nicht größer sein, als bei der Gründung einer jobsharing-Gemeinschaftspraxis.

Was ist eine „überörtliche Berufsausübungsgemeinschaft ?

- Gemeinschaftspraxis in Rechtsform eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder Partnerschaftsgesellschaft
- Zulassungsrechtlich eine Abrechnungsnummer trotz mehrerer Standorte
- Es können auch Ärzte anderer Fachrichtungen beteiligt sein. (Für Ärzte reizvoll: RLV-Zuschläge von 5 % bis 40 %)
- Unproblematisch: An jedem Standort der ÜBAG muss ein Gesellschafter hauptberuflich tätig sein.
- Bedarf der Genehmigung durch den Zulassungsausschuss

Die „Mini-ÜBAG“ als empfehlenswerte Variante

- Keine Verschmelzung, kein gemeinsames Praxisvermögen
- Jede Praxis bleibt bestehen, jeder Gesellschafter behält seine Zulassung und seinen Arztsitz
- Jeder Gesellschafter bleibt Eigentümer seiner Einzelpraxis !
- Einzelpraxen werden üBAG mit einzelnen Standorten
- Präsenzplicht von 20 Stunden am jeweiligen Standort.
- Abrechnung erfolgt durch direkte Zuweisung auf Treuhandkonten entsprechend der Arztnummer

=> weitgehende Unabhängigkeit der Gesellschafter voneinander

Voraussetzungen der ÜBAG

- "echter" Gesellschaftsvertrag
 - Einlagenhöhe
 - Gewinnbeteiligung bzw -verteilung
 - gemeinschaftliche Entscheidungsbefugnis
 - Gemeinsame Patientenakten / Einsichtsrechte in alle Unterlagen
 - Fortführung der ÜBAG bei Ausscheiden eines Gesellschafters (!)
- plausibler Gesellschaftszweck; muss "gelebt" werden
 - nicht: Anbahnung einer (halben) Praxisweitergabe
 - denkbar:
 - Bessere Marktpräsenz
 - kollegialer Austausch zu einzelnen Behandlungsfällen
 - Verkürzung der Wartezeiten durch Patientenzuteilungsmanagement
 - höherer Patientenservice durch geringeren Anfahrtsweg zur jeweils anderen Praxis

Die „ÜBAG“ zur Anbahnung der Praxisweitergabe

7

Auflösung / Austritt

- Gesetzliche Regelung: Austritt = Auflösung
- bei Ärzten mit BAG, die langfristig Vermögen anbauen und Apparate amortisieren müssen, sind Kündigungs- und Austrittsregelungen das zentrale Thema vertraglicher Vereinbarung. Es gibt viel Rechtsliteratur und Urteile zur Frage, unter welchen Bedingungen der Ausscheidende seine Zulassung in der BAG lassen muss.
- Bei Psychotherapeuten ist die vermeintlich schlechte Rechtsfolge nach BGB, nämlich die Auflösung und Auseinandersetzung infolge eines Austritts bei kleinen ÜBAG gar nicht tragisch, sondern bei z.B. nur zwei Gesellschaftern sogar eher passend.
- Falls Ausscheiden eines Gesellschafters nicht zur Auflösung führen soll, ist für die vertragliche Regelung von Kündigung und Fortführung der ÜBAG anwaltlicher Rat empfohlen.

Nachteile der ÜBAG

- Wechselseitige Haftung möglich, aber im Innenverhältnis regelbar:
 - a) Jeder muss Haftpflichtversicherung haben und den anderen regelmäßig Beitragszahlung bzw. Deckung nachweisen und
 - b) im Innenverhältnis sofortige Freistellung durch den Verursacher
 - c) oder Partnerschaftsgesellschaft mit Registereintragung des Ausschlusses der Mithaftung (das führt zur Reduzierung der Haftung auf Gesellschaftsvermögen)
- Antrittshaftung des eintretenden Gesellschafters für Altverbindlichkeiten: ggf. auch wegen Behandlungsfehlern, Steuerschulden, Vertragsschulden etc. (Nicht jedoch Regressansprüche der KV)
- Falls Gesellschaftsvermögen geschaffen und eine Vertragsregelung versäumt worden ist: schwierige Auseinandersetzung

Die Regelung zur Weitergabe des (halben) Sitzes

- Fortführung der ÜBAG bei Ausscheiden eines Gesellschafters muss gesellschaftsvertraglich geregelt sein.
- zwei Varianten denkbar:
 - a) Ausscheidender erhält Abfindung, die ÜBAG betreibt Ausschreibung und Nachbesetzung
 - b)* Ausscheidender betreibt Ausschreibung und Nachbesetzung selbst, verpflichtet sich aber zur Absprache mit der ÜBAG
- Vertragsarztrechtlich erhält der Nachfolger eine Zulassung und zivilrechtlich tritt er in den Gesellschaftsvertrag (und ggf. sonstige laufende Verträge) der ÜBAG ein.
- Der Nachfolger kann frühzeitig mit dem später Ausscheidenden und der ÜBAG vertraglich ein Vorkaufsrecht regeln.

Steuerliche Hinweise (bezogen auf „Mini-ÜBAG“)

- ÜBAG übernimmt alle (!) wesentlichen Betriebsgrundlagen/ Wirtschaftsgüter (nur dann Steuerneutralität dieses Vorgangs)
- Dabei können diese aber im Sonderbetriebsvermögen/Eigentum der Praxisbetreiber bleiben. D.h. sie "übertragen" nicht ihr Betriebsvermögen, sondern stellen es der ÜBAG unentgeltlich zur Verfügung
- Die ÜBAG hat eine eigene Steuernummer
- jeder Standort hat separate Buchführung -> Gewinnanteile werden von der ÜBAG zusammengeführt und in einer Erklärung abgegeben.
- Vermeidung der Gewerblichkeit:
 - Keine Beteiligung von Kapitalgesellschaften,
 - gewerblicher Umsatz niedriger als 1,25 % des Gesamtumsatzes,
 - Gesellschafter arbeiten qualifiziert, leitend und eigenverantwortlich

Steuerliche Hinweise bei Austritt und Auflösung (bezogen auf „Mini-ÜBAG“)

- Bei Austritt und Aufgabe der Tätigkeit, d.h. Verkauf an einen Nachfolger, der mit Zulassung in die ÜBAG eintritt:
Steuerlicher Situation des Verkäufers nicht anders als beim Verkauf der Einzelpraxis: Ggf. Freibetrag (§ 16 EStG) und/oder Steuervergünstigung (§ 34 EStG)
- Bei Auflösung und Auseinandersetzung:
Da Einzelstandorte im Sondervermögen der jeweiligen Gesellschafter:
steuerneutrale Realteilung i.S.d. § 16 Abs.3 EStG